

Niederschrift

über die 45. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 13.03.2019, 17:00 Uhr, im Ratssaal, Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza

Stadtvorstand

Bürgermeister Christian Gauf Beigeordneter Henno Pirmann

Ratsmitglieder

Ibrahim Al-Saffar

Anne Bauer bis 19.21 Uhr, TOP I/12

Evelyne Cleemann

Pascal Dahler bis 19.50 Uhr, TOP I/13

Judith Dahlhauser Hedi Danner

Kurt Dettweiler Bernhard Düker Thomas Eckerlein

Thorsten Gries ab 17.03 Uhr

Gerhard Hemmer Andreas Hüther

Ingrid Kaiser bis 20.00 Uhr, TOP I/14

Annegret Kirchner Elisabeth Metzger Stephane Moulin Maren Müller Volker Neubert

Matthias Nunold

Dr. Wolfgang Ohler bis 19.31 Uhr, TOP I/12

Dr. Norbert Pohlmann

Fritz Presl

Christina Rauch

Josef Reich bis 19.30 Uhr, TOP I/12 Walter Rimbrecht bis 19.51 Uhr, TOP I/13

Achim Ruf bis 19.09 Uhr, TOP I/11

Gertrud Schanne-Raab

Gertrud Schiller

Bernhard Schneider

Dirk Schneider

Peter Schönborn

Dr. Ulrich Schüler

Elke Streuber bis 19.24 Uhr, TOP I/12

Pervin Taze

Gabriele Vogelgesang

Protokollführung

Natascha Weick

von der Verwaltung

Werner Boßlet

Heinz Braun

Dr. Annegret Bucher

Alessa Buchmann

Benedikt Burkey

Thomas Deller

Dr. Julian Dormann

Harald Ehrmann

Jörg Eschmann

Matthias Freyler

Martin Gries

Nicole Hartfelder

Jörg Klein

Johannes Kuhn

Monika Kuppitz

Steffen Mannschatz

Christian Michels

Gäste

Thomas Körner Ortsvorsteher Wattweiler Isolde Seibert Ortsvorsteherin Rimschweiler

Abwesend:

Ratsmitglieder

Gerhard Burkei

Dr. Christoph Gensch

Maria Goos-Hoefer

Sabine Schmidt-Wilhelm

Manfred Weber

Tagesordnung

1	Einwo	hnerfragestunde

2 Ergänzung von Ausschüssen

Vorlage: 10/1376/2019

3 Information zum Bahnhaltepunkt Rosengarten;

Bericht in der Sitzung

4 Städt. Förderung der Kosten des Umbaus, der Sanierung sowie der Erweiterung der

Evang. Kindertagesstätte Johann-Schwebel-Straße;

Kostenerhöhung

Vorlage: 51/1351/2019

5 Straßen- und Verkehrswesen;

Ausbau der Römerstraße

-Auftragserhöhung-

Vorlage: 84/1365/2019

6 Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;

Bebauungsplanverfahren ZW 76 "KiTa Gabelsbergerstraße"

- Ergebnis der Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB
- Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB

Vorlage: 60/1355/2019

7 Straßen- und Verkehrswesen;

Ausbau der Rosengartenstraße;

Vorstellung der Ausführungsplanung

Vorlage: 84/1344/2019

8 Wahl des Beirates für Migration und Integration, Festlegung des Wahltermins

Vorlage: 10/1360/2019

9 Vollzug der Gemeindeordnung, Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 2

GemO

Vorlage: 10/1332/2019

Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden

Vorlage: 10/1362/2019

11 Information des Stadtrates über Maßnahmen zur biologischen Artenvielfalt in

Zweibrücken

Antrag der Fraktion der CDU

Vorlage: 10/1359/2019

Einrichtung einer Steuerungsgruppe "Schule 4.0" zur Umsetzung der

Digitalisierungsoffensive;

Antrag der Fraktion der CDU

Vorlage: 10/1369/2019

Ausrufung eines Namenfindungswettbewerbes für das Bildungs- und Kulturzentrum

in

der ehemaligen Hauptschule Nord Antrag der Fraktion der SPD

Vorlage: 10/1363/2019

14 Bereitstellung von Wickelmöglichkeiten in öffentlichen Gebäuden;

Antrag der Fraktion der SPD

Vorlage: 10/1364/2019

15 Anfragen von Ratsmitgliedern

16 Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Stadtrat über zwei Angelegenheiten informiert.

Herr Ehrmann vom Bauamt informiert über das Modellprojekt "Digitale Nachbarn" im Bereich der sozialen Stadt Hornbach / Breitwiesen in Kooperation mit dem DRK und der GeWoBau zur Verminderung von Einsamkeit älterer Menschen im Stadtquartier.

Der Vorsitzende informiert den Stadtrat, dass sich die Abholzung des Wäldchens oberhalb der Parkbrauerei im rechtlichen Rahmen bewegt habe.

Er selbst sei zusammen mit dem Forst, Herrn Schenk und dem NABU bei einer Begehung gewesen. Es wurden inzwischen Neubepflanzungen von blühenden Bäumen und Sträuchern vereinbart. Zudem soll auch wieder ein Park hergestellt werden in dem Sitzmöglichkeiten und Fitnessgeräte angeboten werden. Dies alles werde vom Vorstand des NABU mitgetragen. Die Maßnahme soll von der Firma Laub umgesetzt werden. Weitere Informationen werden im Bau- und Umweltausschuss beraten.

Als Ausgleichsfläche für die Rodung kommt laut Herrn Boßlet eine Fläche in Niederauerbach in Frage.

<u>Punkt 1:</u> Einwohnerfragestunde (öffentlich)

Der Vorsitzende informiert darüber, dass eine Einwohnerfragestunde eingegangen ist. Herr Althoff ist persönlich anwesend und trägt seine Anfrage selbst vor.

Anfrage von Herrn Thomas Althoff:

Hochwasser-Schutzkonzept

- 1. Gibt es für die Stadt Zweibrücken ein aktuelles Hochwasser-Schutzkonzept oder ist ein solches in einer konkreten, vom Land Rheinland-Pfalz bezuschussten Erstellungsphase?
- 2. Hat sich die Stadt um die Erstellung eines Hochwasserrückhalteprofils angemeldet, das vom Landesamt für Umwelt kostenlos erstellt wird?

Antwort der Verwaltung:

1. Am 22.03.2017 hat der Haupt- und Personalausschuss das Büro "Obermeyer Planen und Beraten" mit der Erstellung eines örtlichen Hochwasser- und Starkregenvorsorgekonzeptes für die Stadt Zweibrücken und deren Vororten beauftragt.

Die Erstellung des Konzeptes wird mit 90% entsprechend der aktuellen Förderrichtlinien der Wasserwirtschaftsverwaltung Rheinland-Pfalz bezuschusst.

Nach derzeitigem Bearbeitungsstand wird der Abschlussbericht voraussichtlich Ende 2019 als Diskussionsgrundlage vorliegen.

2. Die Stadt Zweibrücken war eine der ersten Kommunen in Rheinland-Pfalz, die dies mit dem Umweltministerium auf den Weg gebracht hatte. Derzeit werden die Starkregenereignisse separat erfasst, da dieser Bereich im letzten Jahr erst vom Land als zuschussfähig anerkannt wurde. Die bisherigen Informationen werden um die Starkregenereignisse ergänzt und die Ergebnisse im Bau- und Umweltausschuss sowie im Stadtrat präsentiert.

Die Anfrage wird Herrn Althoff im Nachgang noch schriftlich beantwortet.

Punkt 2: Ergänzung von Ausschüssen (öffentlich) Vorlage: 10/1376/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgende

Beschlüsse:

1. Herr Robin Crauser und Herr Dennis Mangold werden als beratende Mitglieder als Stadtschülervertreter in den Schulträgerausschuss gewählt.

2. Herr Christian Orth wird als beratendes Mitglied als Richter des Amtsgerichtes Zweibrücken in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2.1

Amt 41

Punkt 3: Information zum Bahnhaltepunkt Rosengarten; (öffentlich) Bericht in der Sitzung

Der Vorsitzende informiert den Stadtrat zum Bahnhaltepunkt Rosengarten anhand einer Präsentation. Nach Gesprächen mit dem Zweckverband Schienenverkehr sei kein Sackbahnsteig mehr vorgesehen, sondern der Bahnsteig wird über einen Fußgängerweg zusätzlich an die Storchenstraße angebunden. Es werde auch nur an der Seite zur Landauer Straße hin ein Bahnsteig gebaut.

Dadurch dass der Bahnhaltepunkt aus einem anderen Fördertopf als ursprünglich gefördert werde, müsse die Stadt nur noch einen Eigenanteil von rund 100.000 € anstatt 500.000 € finanzieren.

Die Umsetzung werde aber in diesem Jahr nicht mehr realisiert, da die Streckensperrungen der Bahn langfristig geplant werden.

Ratsmitglied Kaiser möchte wissen, aus welchem Topf der Eigenanteil bezahlt wird. Der Vorsitzende gibt an dies schriftlich zu beantworten.

Ratsmitglied Nunold möchte wissen, wie hoch die Folgekosten im Bereich der Instandhaltung sein werden. Der Vorsitzende gibt an dies im Bau- und Umweltausschuss zu erläutern.

Die Kosten in Höhe von 100.000 € seien inklusive Park & Ride Parkplätze.

Ratsmitglied Gries möchte wissen, ob Planungen im Bereich Lärmschutz für die Anwohner angedacht sind. Zudem möchte er wissen, ob der Imbiss "Mulis Treff" weiterhin dort betrieben werden kann. Der Vorsitzende gibt an, der dortige Pächter habe Halbjahresmietverträge, sei über die Maßnahme informiert und werde auch künftige Informationen erhalten. Beide Punkte werden in den Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Ratsmitglied Dettweiler bittet um eine Aufstellung über die Kosten, die bisher schon gezahlt wurden und was künftig noch gezahlt werden muss, sowie über eine Zusammensetzung der 100.000 €. Der Vorsitzende gibt an, dies ebenfalls in den Bau- und Umweltausschuss zu verweisen.

Verteiler: Amt 60

Punkt 4: (öffentlich)

Städt. Förderung der Kosten des Umbaus, der Sanierung sowie der Erweiterung der Evang. Kindertagesstätte Johann-Schwebel-

Straße;

Kostenerhöhung

Vorlage: 51/1351/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Herzog-Wolfgang-Stiftung wird

- a) für den Ausbau der Betreuungsplätze U3 in der Evang. Kindertagesstätte Johann-Schwebel-Straße ein zusätzlicher Investitionskostenzuschuss in Höhe von 19.568 € (neue U3-Fördersumme: 791.533,71 €) und
- b) für die Sanierungen auf dem Außengelände derselben Kindertagesstätte ein zusätzlicher 50 %-iger Zuschuss in Höhe von 1.242,50 € (neue Fördersumme 50%: 177.011,18 €) gewährt.

Die Zuschussgewährung steht unter dem Vorbehalt, dass die Herzog-Wolfgang-Stiftung der betragsmäßigen Anpassung der Urkunde R.Nr. 1668 M/2018 (Notare Schmitz/Mohr, Zweibrücken) vom 25.10.2018 zur Bestellung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit gegenüber der Stadt Zweibrücken (Kita-Betriebspflicht) zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

Amt 51

Punkt 5: Straßen- und Verkehrswesen; (öffentlich) Ausbau der Römerstraße

-Auftragserhöhung-Vorlage: 84/1365/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage. Bei der Auftragserhöhung handelt es sich um Leistungen für Dritte. Es musste ein Telefonkabel nochmals neu verlegt werden. Das Bauamt sei aber dran diese Kosten bei der Telekom zurückzufordern.

Ratsmitglied Dettweiler bittet um Erläuterung des Aufmasses von 600 Metern bei der Umlegung der Kabel. Herr Mannschatz vom UBZ erklärt, dass alle Datenkabel 30 cm unter der Grasnarbe lagen. Aufgrund der Stützmauer und der Böschung musste die Kabel dort tiefergelegt werden.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Auftragserhöhung von 5.872,48 € für die Baufirma Peter Gross Hoch und Tiefbau GmbH u. Co.KG, Dudweilerstraße 80, 66386 St. Ingbert zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

Amt 60

UBZ

Punkt 6: (öffentlich)

Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;

Bebauungsplanverfahren ZW 76 "KiTa Gabelsbergerstraße"

- Ergebnis der Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB
- Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
- öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB

Vorlage: 60/1355/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und übergibt das Rederecht an den Baudezernenten Herrn Beigeordneter Henno Pirmann.

Beigeordneter Pirmann teilt dem Stadtrat die Ergebnisse der Stellungnahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit mündlich mit.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Stellungnahmen aus der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB liegen nicht vor. Dies wird zur Kenntnis genommen.
- 2. Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB werden, wie in dieser Vorlage unter III aufgeführt, behandelt. Eine Änderung oder Ergänzung der Planung wird nicht erforderlich. Die Begründung wird entsprechend der eingegangenen Stellungnahmen im Kapitel 2.3 ("Sonstige Vorgaben") um die angrenzende Altlastenverdachtsfläche ergänzt. Unter Kapital 3.4 ("Hinweise und Empfehlungen") werden Hinweise zu möglichen Altlasten, zum Hochwasserschutz, zur Landesarchäologie und zur Oberflächenentwässerung hinzugefügt. In Kapitel 4.1 ("Abwägungsrelevante Belange") werde die Bereiche "Altlasten" und "Wasser" ergänzt.
- 3. Der Stadtrat beschließt, den Entwurf des Bebauungsplanes ZW 76 "KiTa Gabelsbergerstraße", bestehend aus Bebauungsplan, textliche Festsetzungen und Begründung einschließlich der Anlagen, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	3

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

Punkt 7: Straßen- und Verkehrswesen; (öffentlich) Ausbau der Rosengartenstraße;

Vorstellung der Ausführungsplanung

Vorlage: 84/1344/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Herr Mannschatz vom UBZ erläutert die Ausbauplanung anhand einer Präsentation. Geplant sei der Ausbau zwischen Gutenbergstraße und Saarlandstraße inklusive der Parkplätze seitlich am Exe. Auf die bestehende Straßendecke werden verschiedene neue Schichten aufgetragen, die mit einer Asphaltdecke abgeschlossen werden. Auf Nachfrage versichert er, dass die geplante Maßnahme stabil sei und halte, dies wurde bereits geprüft.

Der Gehweg könne entweder asphaltiert werden oder durch Verbundsteine erneuert werden. Die Verbundsteine seien gegenüber dem Asphalt zwar teurer aber man hätte optisch eine Einheit mit der Fußgängerzone, wenn man die Verbundsteine in der gelben Farbe wählen würde. Der Stadtrat stimmte somit für die Variante mit den Verbundsteinen.

Ratsmitglied Gries möchte wissen, ob die Allee bei dieser Gelegenheit mit rotem Sand aufgefüllt werde. Herr Boßlet vom UBZ erklärt hierzu, dass das Wasser dort nicht versickern könne und bei Auffüllung die Erde nur weggespült werde. Für die Maßnahme in der Allee werde nach einer Fördermöglichkeit gesucht und diese dann im Bau- und Umweltausschuss vorgestellt.

Ratsmitglied Düker weist darauf hin, dass es für die Straßenlampen Masten gebe, die als Mobilfunkmasten geeignet seien. Der Vorsitzende gibt an, dies an die Stadtwerke weiterzuleiten. Aktuell sei aber nur der Austausch der Lampenköpfe geplant.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der Ausführungsplanung zum Ausbau der Rosengartenstraße zu und ist mit deren Realisierung einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

<u>Abstimmungsergebnis Steinfarbe:</u>

Rot:	2
Gelb:	33

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

Amt 60

UBZ

Stadtwerke

Punkt 8: Wahl des Beirates für Migration und Integration, Festlegung des

(öffentlich) Wahltermins

Vorlage: 10/1360/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Wahl des Beirates für Migration und Integration der Stadt Zweibrücken wird am Sonntag, dem 27. Oktober 2019, durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.1.1

Punkt 9: Vollzug der Gemeindeordnung, Unterrichtung des Stadtrates gem.

(öffentlich) § 33 Abs. 2 GemO

Vorlage: 10/1332/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und unterrichtet den Stadtrat über die im Jahr 2018 abgeschlossenen Verträge der Stadt mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie Bediensteten der Stadt.

Verteiler:

10.2.1

Punkt 10: Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden

(öffentlich) Vorlage: 10/1362/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat e i n s t i m m i g folgenden

Beschluss:

Der Annahme folgender Spenden wird zugestimmt:

- 1. Die Sparkasse Südwestpfalz spendet der Stadt Zweibrücken für das Jahr 2018 einen Betrag von 21.000 € zur Finanzierung der Schuldnerberatung.
- 2. Die GeWoBau GmbH spendet dem Jugendamt für die Krabbelkiste einen Webteppich im Wert von 129,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2.1

Amt 20

Amt 50

Amt 51

GeWoBau

Punkt 11: Information des Stadtrates über Maßnahmen zur biologischen

(öffentlich) Artenvielfalt in Zweibrücken Antrag der Fraktion der CDU

Vorlage: 10/1359/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und Ratsmitglied Rauch erläutert den Antrag der CDU-Fraktion über Maßnahmen zur biologischen Artenvielfalt in Zweibrücken.

Der Vorsitzende trägt eine Stellungnahme des UBZ vor und erklärt, wo bereits Blumenwiesen angelegt wurden. Im Frühjahr 2019 folgen weitere u.a. am Helmholtz-Gymnasium, am Turbokreisel, in der Poststraße, am Bahnhofsvorplatz sowie auf dem Betriebsgelände der UBZ.

Insgesamt seien somit bereits 4.000 m² Grünflächen als Blumenwiesen angelegt worden. Weitere Standorte seien in Planung. Eine Neuanlage einer Blumenwiese kostet etwa 25 € pro m².

Ratsmitglied Rauch bat um eine schriftliche Zusammenstellung wo in Zweibrücken bereits etwas angelegt wurde und wie groß die Flächen sind.

Ratsmitglied Schneider stellt seine Überlegungen zum Projekt "essbare Stadt" vor.

Aufgrund des Diskussionsbedarfs der Fraktionen bittet Ratsmitglied Gries für einer der nächsten Bau- und Umweltausschusssitzungen ein Konzept der Grünflächenabteilung der UBZ wie die Anregungen zu Obstbauspenden o.ä. auf den Flächen in Zweibrücken dargestellt wird.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Erarbeitung eines Konzeptes zur Erweiterung für eine umweltfreundlichere und grünere Stadt wird zur weiteren Beratung in den Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler: Amt 60 UBZ

Punkt 12: Einrichtung einer Steuerungsgruppe "Schule 4.0" zur Umsetzung

(öffentlich) der Digitalisierungsoffensive;

Antrag der Fraktion der CDU

Vorlage: 10/1369/2019

Der Vorsitzende verweist auf den Antrag und gibt das Rederecht an den zuständigen Dezernenten Herrn Bürgermeister Gauf.

Ratsmitglied Rauch erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Es soll ein Gremium (Steuerungsgruppe) mit Vertretern der Schulen, der Fraktionen, der städtischen IT und dem Medienzentrums Südwestpfalz gegründet werden. Ziel sei es, die vom Bund zur Verfügung gestellten Gelder schnellstmöglich zu beantragen und bestmöglich einzusetzen.

Der Name "Schule 4.0" ist ein eingetragener Name. Ratsmitglied Rauch habe prüfen lassen, ob die Stadt den Begriff verwenden darf oder ob dieser geschützt sei. Dafür habe sie selbst die Markenrechte beantragen müssen, ansonsten sei eine Prüfung nicht möglich.

Die Anfrage habe ergeben, dass der Begriff "Schule 4.0" für den Bereich Bildungswesen nicht geschützt werden könne, was bedeutet, die Stadt dürfe den Namen verwenden.

Bürgermeister Gauf betont zudem, dass von allen Schulen ein Vertreter Mitspracherecht in der Steuerungsgruppe haben sollen, die momentan nicht im Schulträgerausschuss vertreten sind.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Thema um den Digitalpakt "Schule 4.0" wird in den Schulträgerausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	1
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:

Punkt 13: Ausrufung eines Namenfindungswettbewerbes für das Bildungs-

(öffentlich) und Kulturzentrum in

der ehemaligen Hauptschule Nord Antrag der Fraktion der SPD

Vorlage: 10/1363/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Moulin erläutert die Gründe für den Antrag der SPD-Fraktion. Ein Wettbewerb wird als sinnvoll erachtet, da so die Bürgerinnen und Bürger mit eingebunden werden können. Zudem stehe die Namensfindung dann auch im Fokus der Öffentlichkeit. Die Vorgehensweise und Formalitäten des Namenswettbewerbes sollen im Haupt- und Personalausschuss diskutiert und ausgearbeitet werden.

Ziel sei es, dass die Volkshochschule komplett in das Gebäude der ehemalige Hauptschule Nord einziehen solle.

Ratsmitglied Pohlmann merkt an, dass es für die Namensfindung sinnvoll wäre, wenn man genau wisse, welche Institutionen dann in dem Gebäude ansässig sind.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Ausrufung eines Namensfindungswettbewerbs für die ehemalige Hauptschule Nord zu. Ein Konzept zur weiteren Vorgehensweise wird ausgearbeitet und im Haupt- und Personalausschuss vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	29
Nein:	0
Enthaltung:	1

An der Abstimmung nahmen 30 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.1.1

Punkt 14: Bereitstellung von Wickelmöglichkeiten in öffentlichen Gebäuden;

(öffentlich) Antrag der Fraktion der SPD

Vorlage: 10/1364/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Moulin erläutert die Gründe für den Antrag der SPD-Fraktion und bittet um Erstellung eines Konzeptes wo bereits Wickelmöglichkeiten vorhanden sind und wo es Sinn macht diese bereitzustellen. Zudem sollen die Kosten hierfür ermittelt werden. Der Vorsitzende gibt an, dass es in einigen städtischen Gebäuden bereits Wickelmöglichkeiten gebe, in anderen wiederum nicht. Man sei aber dabei dies momentan auszuwerten. Ein Wickeltisch koste etwa 300 €. Vorteil die Wickeltische in Behindertentoiletten einzurichten sei, dass es geschlechterneutral ist, Nachteil sei, dass dafür in städtischen Gebäuden ein Schlüssel benötigt werde. Der Vorsitzende schlägt deshalb vor, dass man auch zwei Wickeltische installieren könne.

Die Ratsmitglieder bitten um eine Auflistung wo eine Möglichkeit dafür besteht. Zudem solle der Hygieneaspekt beachtet werden.

Ratsmitglied Taze bittet um bessere Ausschilderung der Wickelmöglichkeit im Rathaus.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Entwicklung eines Konzeptes zu Wickelmöglichkeiten und einer entsprechende Auflistung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	30
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 30 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.1.1

Amt 51

Punkt 15: Anfragen von Ratsmitgliedern (öffentlich)

1. Anfrage von Ratsmitglied Kaiser

Gedenktag 14. März

Ratsmitglied Kaiser möchte wissen, warum nach den Problemen der Demonstration im vorigen Jahr, der Gedenktag am 14. März nicht zu einer städtischen Angelegenheit wurde.

Antwort der Verwaltung:

Der Beigeordnete Henno Pirmann gibt an, dass sehr zeitnah zur letzten Veranstaltung die Anmeldung vorgelegen habe. Nach Prüfung der Veranstalter und deren Konzept sei man der Meinung, die Zustimmung und Akzeptanz der Verwaltung und aller Beteiligten finden werde.

2. Anfrage von Ratsmitglied Hemmer

Mehrzweckraum ehemalige alte Feuerwache

Ratsmitglied Hemmer bittet um Sachstandsmitteilung zum Mehrzweckraum der ehemaligen alten Feuerwache.

Antwort der Verwaltung:

Herr Michels vom Bauamt gibt an, dass die Ausschreibung vorbereitet sei und man diese nächste Woche veröffentliche. Danach folgt die Vergabe im Haupt- und Personalausschuss.

3. Anfrage von Ratsmitglied Schönborn

Anwohnerinformation im Bereich Straßenbau

Ratsmitglied Schönborn bemängelt, dass es im Bereich des Straßenbaus nicht mehr zu Anwohnerversammlungen komme, wo sich die Anwohner über den geplanten Straßenbau informieren können.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende gibt an, jeder Hausbesitzer werde darüber informiert, dass er über einen längeren Zeitraum Termine wahrnehmen könne, um sich über das Bauvorhaben zu informieren. Falls dies nicht zu dem entsprechenden Ziel führe, könne man auch wieder nachsteuern.

4. Anfrage von Ratsmitglied Moulin

Städtischer Fuhrpark

Ratsmitglied Moulin möchte wissen, ob für den Stadtvorstand ein weiteres Dienstfahrzeug angeschafft wird.

Wenn ja, welches Modell, wie teuer, warum notwendig und wer die Beschaffung initiiert hat?

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende gibt an, er habe kein weiteres Fahrzeug bestellt. Der Sachverhalt werde geprüft und die Antwort erfolgt schriftlich.

5. Anfragen von Ratsmitglied Dirk Schneider

5.1 Glasfaserkabel Ernstweilerhangstraße

Ratsmitglied Dirk Schneider möchte wissen, ob für die Grundschule in der Ernstweilerhangstraße den Glasfaseranschluss mitbeantragt wurde und ob man den Bürgern dieser Straße die Möglichkeit gibt, ein kleines Leerrohr zu bekommen in das die Glasfasern reinkommen.

Antwort der Verwaltung:

Die Antwort erfolgt schriftlich.

5.2 Essbare Stadt

Ratsmitglied Dirk Schneider bittet den Vorsitzenden die Stadt Zweibrücken zur "essbaren Stadt" entwickelt und auf mundraub.org den mitgebrachten Kirschbaum einsehbar macht. Zudem bittet er darum, dass der Baum auf einer Ausgleichsfläche der Stadt eingepflanzt werde.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende sagt zu, dies zu tun.

6. Anfragen von Ratsmitglied Pohlmann

6.1 Bushaltestelle in Mörsbach

Ratsmitglied Pohlmann bittet um Prüfung, ob für die geschlossene Bushaltestelle in der Höhenstraße in Mörsbach eine (Bedarfs-) Haltestelle eingerichtet werden könne, da dies der vielfache Wunsch der Bevölkerung sei.

Antwort der Verwaltung:

Die Antwort erfolgt schriftlich.

6.2 Einsatz von Streusalz

Ratsmitglied Pohlmann merkt an, dass im Winter bei Privatleuten zu viel Salz gestreut werde und bittet deshalb vor dem nächsten Winter um bessere Information für die Bürger in welchen Fällen es zum Einsatz von Streusalz kommen darf und was die Alternativen sind.

Antwort der Verwaltung:

Herr Boßlet vom UBZ gibt an, dass jedes Jahr vor Winterbeginn in beiden Tageszeitungen darauf hingewiesen werde in welchen Fällen (z.B. bei Eisregen) Streusalz eingesetzt werden darf.

Er sagt zu, dies künftig noch ausführlicher darzustellen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, diese Informationen ebenfalls in den sozialen Medien bekannt zu geben.

7. Anfrage von Ratsmitglied Eckerlein

Absperrung Gehweg Friedrich-Ebert-Straße

Ratsmitglied Eckerlein merkt an, dass der Gehweg in der Friedrich-Ebert-Straße / Hohlstraße Nähe der Tierarztpraxis schon über einen längeren Zeitraum abgesperrt sei und bittet um Prüfung, wann dieser wieder für die Fußgänger freigegeben werde bzw. aus welchen Gründen dieser gesperrt sei.

Antwort der Verwaltung:

Die Antwort erfolgt schriftlich.

<u>Punkt 16:</u> Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse (öffentlich)

Der Vorsitzende gibt die im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse bekannt:

- 1. Es wurden drei Beförderungen von Mitarbeitern zugestimmt.
- 2. Es wurde einer Stellenübertragung zugestimmt.
- 3. Es wurde einem Pachtvertragsentwurf zugestimmt.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anw um 20:15 Uhr.	vesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung
Der Vorsitzende	Die Schriftführer
Dr. Marold Wosnitza Oberbürgermeister	Jörg Eschmann
	Natascha Weick